

Die Reichtumsblase

Warum bittet der Staat die Superreichen nicht zur Kasse?

Egon W. Kreutzer

Während Politiker mit geradezu sadistischer Freude darüber schwadronieren, wo man Rentnern und Hartz-IV-Empfängern noch etwas wegnehmen könnte, haben sich die wenigen Superreichen längst in ihre eigene „Reichtumsblase“ zurückgezogen – eine Art Parallelwelt, in der sie unbehelligt ihr absurdes Vermögen verpassen und sich ab und zu von Trash-TV-Sendern dabei filmen lassen können. Unser Gemeinwesen finanzieren dagegen fast ausschließlich die „kleinen Leute“. *„In Deutschland gibt es obszönen Reichtum“*, sagte der Bundestagsabgeordnete Dietmar Bartsch und wurde sofort zur Zielscheibe einer neuen Neid-Debatte. Superreiche in Deutschland waren weder fleißiger noch sparsamer als der „kleine Mann“. Sie haben sich lediglich skrupellos ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entzogen.

Die Diskussion um die Besteuerung von Vermögen erlebt eine neue Blüte. Doch die aus der Not geborene Idee, dort wieder vermehrt abschöpfen zu wollen, wo sichtbarer Reichtum zum fiskalischen Zugriff geradezu einlädt, wird völlig unangemessen behandelt.

Die Populisten „Pro“ führen einen moralischen Feldzug für mehr Gerechtigkeit, und die Populisten „Contra“ übertreffen sich in Zynismus und Besserwisseri, wenn es darum geht, ihre grotesken Befürchtungen als schreckliches Menetekel an die Wand zu malen.

Dabei ist die Besteuerung von Vermögen eine uralte, womöglich die älteste Form einer Besteuerung, deren Höhe sich nach „ob-

jektiv messbaren“ Kriterien an der Leistungsfähigkeit des Staatsbürgers orientiert. Es war in Athens antiker Demokratie. Standen dort große Gemeinschaftsaufgaben an, wurden die wohlhabenden Bürger zur Deckung der Ausgaben herangezogen, und kam es zu außerordentlichen Finanzierungsbedarfen, dann wurde von den 1.200 reichsten Bürgern eine Vermögenssteuer erhoben, deren Höhe vom jeweiligen Anlass bestimmt war, durchschnittlich aber etwa 12% des Vermögens ausmachte.

Heute ist die Besteuerung von Vermögen verpönt und ihre Erhebung wegen Ungereimtheiten in der Systematik, nicht wegen des Gegenstandes der Besteuerung, vom Verfassungsgericht praktisch ver-

boten. Sie gilt als leistungsfeindlich und wachstumsschädlich, und wer sich ernsthaft für die Besteuerung großer Vermögen einsetzt, muss sich Naivität vorhalten lassen, weil die Vermögenden doch immer Wege fänden, die Besteuerung zu umgehen.

Als probates Mittel, den Finanzbedarf des Staates einzuheben, werden heutzutage primär Einkommen und Verbrauch, Arbeit und Konsum besteuert. Das hat uns tatsächlich so weit gebracht, dass die nackte Existenz eines Menschen dem Fiskus schon die Gewähr für eine Steuermindesteinnahme bietet, weil kein Konsum, auch nicht derjenige, der als überlebensnotwendig angesehen werden muss, möglich ist, ohne damit Staatseinkünfte aus der Mehrwertsteuer zu generieren.

Im Klartext:

Jeder Bürger, der das Existenzminimum verbraucht, nur um am Leben zu bleiben, entrichtet mindestens pro Jahr 250 Euro an Mehrwertsteuer (wenn man durchgehend den verminderten Satz von 7% ansetzt). Ca. 80 Millionen Bürger garantieren dem Finanzminister also, durch nichts als die allermindesten Aufwendungen für ihr Überleben,

ein jährliches Steueraufkommen in Höhe von 20 Milliarden Euro.

Wer die Hürde des nackten Überlebens genommen hat und ein Einkommen erzielt, das knapp oberhalb des Existenzminimums liegt, erwächst über kurz oder lang den schützenden Freibeträgen der Lohn- bzw. Einkommensteuer und wird mit steigenden Einkünften auch immer mehr an der Finanzierung der Staatsaufgaben beteiligt. Ein sogenannter „Abhängig-Beschäftigter“ kann sich der Lohnsteuer, die sein Arbeitgeber einbehalten muss, nicht entziehen und hat nur geringe Möglichkeiten, steuermindernde Sachverhalte geltend zu machen.

Außerdem steigt mit wachsendem Einkommen nicht nur die Last der direkten Steuern progressiv an, durch den höheren Konsum steigt auch die Last der indirekten Steuern erheblich.

Mit diesem System und seiner Systematik haben wir vielfältige Möglichkeiten, staatlicherseits die Antriebskräfte allergrößter Teile der Bevölkerung mit fiskalisch-pekuniären Schmerz- und Glücksempfindungen zu manipulieren, ohne vorher Verständnis und Zustimmung für die zugrundeliegenden moralischen, sachlich-fachlichen oder auch nur weltanschaulichen Werte und Zwänge vermitteln zu müssen.

Im schmalen Budget der Familie des Angestellten, Beamten oder Arbeiters wird die Erhöhung der Steuer auf Benzin über kurz oder lang zu einer Reduzierung des Kraftstoffverbrauches führen. Ein staatlicher Zuschuss, vor allem wenn er zeitlich befristet ist, wird zu Investitionen bewegen, die sonst unterblieben. Das Wichtigste an diesem System liegt aber darin, dass der Druck der staatlichen Lasten - solange das Gros der Staatseinnahmen aus der Besteuerung der niedrigen und mittleren Einkommen fließt - über die Tarifautonomie an Wirtschaft und Kapital he-

rangetragen wird. Dieser Druck von unten wird in vielen Einzelverhandlungen genau den Mittelabfluss aus den Unternehmensgewinnen in die Lohntüten auslösen, der es der Gemeinschaft der besteuerten Bürger ermöglicht - ohne Besitzstandsverlust - die Beträge aufzubringen, die der Staat benötigt.

Dies funktioniert nicht nur in Zeiten guter Konjunktur und prospe-



„Wer reich ist, hat sich sein Vermögen durch Fleiß und Geschick schwer erarbeitet und fördert das Gemeinwesen durch Schaffung von Arbeitsplätzen?“ Das war einmal. Kim Kardashian zeigt uns, mit welchen „Leistungen“ heute Geld gemacht wird - durch inhaltsfreie „Selbstvermarktung“. Bekannt geworden durch die Teilnahme an einer trashigen TV-Reality-Show, verdient das It-Girl heute seine Millionen, indem es jeden Quadratzentimeter seines Privatlebens auf Instagram mit seinen Followern „teilt“.

rierenden Wachstums. Es funktioniert ebenso, wenn der Verteilungsspielraum, der in der Wirtschaft entsteht, kleiner wird. Denn dann wird über das geringere Wachstum von Löhnen und Gehältern auch der Widerstand der Bevölkerung gegen ein weiteres Anwachsen der staatlichen Forderungen steigen und damit dem Anspruch des Staates auf Steuereinnahmen eine Grenze setzen, die in Form von Ausgabenkürzungen oder durch die Ausweitung der Staatsverschuldung ausgeglichen werden muss.

Dieser überaus sinnvolle und wirksame Mechanismus müsste bei einer Verschiebung der steuerlichen Schwerpunkte, weg von Löhnen, Einkommen und Kapitalerträgen seine Wirkung einbüßen - ein adäquater Ersatz ist nirgends in Sicht.

Zudem stellt sich auch bei der Besteuerung von Vermögen und Kapitalerträgen eine Gerechtigkeitsfrage. Immer unterstellt, ein Vermögen ist durch das Ansammeln ordnungsgemäß versteuerter Einkünfte entstanden, dann unterlag doch bereits der Erwerb des Vermögens einer Besteuerung, eine nochmalige Besteuerung angesammelter Einkünfte sei schon aus Gründen der Steuersystematik nicht hinnehmbar.

Und darüber hinaus hören wir immer wieder folgende Argumente:

1. „Strafsteuer für Sparsame“

Es kann doch nicht gewollt sein, dass der Sparsame durch eine Steuer auf sein Vermögen bestraft wird, während Bruder Leichtfuß, der im Alter sowieso wieder der Allgemeinheit zur Last fällt, jegliche Einnahme sofort in sinnlosem Konsum verschleudert.

2. Omas Häuschen

Der Großvater hat geschuftet und sich Stein für Stein vom Munde abgespart,

der Vater hat noch viele Jahre die Hypotheken abgetragen, das Dach repariert und die Garage angebaut, und jetzt muss der Enkel verkaufen, um die Erbschaftssteuer bezahlen zu können.

3. Kapitalflucht

Die Besteuerung von Vermögen, so wird gewarnt, führt einerseits zur Verschleierung der wahren Vermögensverhältnisse. Ganz abgesehen davon haben die Vermögenden noch immer Wege gefunden, ihr Kapital außer Landes zu schaffen, was der inländischen Wirtschaft schadet und dem Finanzminister nicht hilft.

4. Neid

Jeder hat die Chance, sich ein Vermögen aufzubauen, wenn er nur sparsam ist, klug handelt, unternehmerische Risiken eingeht und überhaupt ein ehrenwertes Mitglied der Gesellschaft ist. Wer solche Ver-